

Statusbericht 11/2019 der „Energiewende Hunsrück-Mosel eG“

Übersicht:

- Im November können wir fünf Neuzugänge in unserer Genossenschaft begrüßen. Stand Ende November führen wir 72 Mitglieder.
- Am 9. November beginnt die Testphase für unser neues Geschäftsfeld „e-CarSharing in Bürgerhand“. Der Vorstand hat bereits darüber in einer gesonderten Pressemitteilung berichtet.
- Wir entwickeln unsere PV-Projekte weiter. Besonders bei den großen Anlagen erkennen wir zahlreiche Hemmnisse und hohe Hürden im Genehmigungsprozess, die keine zügige Umsetzung erlauben. Wir müssen uns darauf einstellen, die Projekte stetig, aber mit einem langen Atem und viel Durchhaltevermögen zu entwickeln.
- Im November stellen wir bei insgesamt 4 Veranstaltungen unsere Genossenschaft, unsere Ziele und unsere Geschäftsmodelle vor. Zwei Veranstaltungen finden in einem kommunalen Rahmen statt, eine in einem gewerblichen Rahmen ("Solarstrom lohnt sich wieder! Besonders für Gewerbebetriebe) und eine im akademischen Rahmen ("Klimawoche an der Mosel" der Cusanus Studierendengemeinschaft).
- Das nachhaltige Weihnachtsgeschenk: schenken Sie eine Mitgliedschaft bei der EWHM.
- Zum Schluss ein paar Hintergrundinformationen die zum Nachdenken anregen sollen (für alle diejenigen, die sich weiter in die Thematik einlesen wollen), denn:

Es passiert schon wieder - mit unvollständigen und einseitigen Informationen wird im Fernsehen Stimmung gegen die Energiewende gemacht. Angeblich verstärkt die Energiewende die soziale Ungleichheit. Sieht man sich aber die Fakten an, muss man nüchtern feststellen: das ist vom Gesetzgeber so gewollt!

Weiterlesen

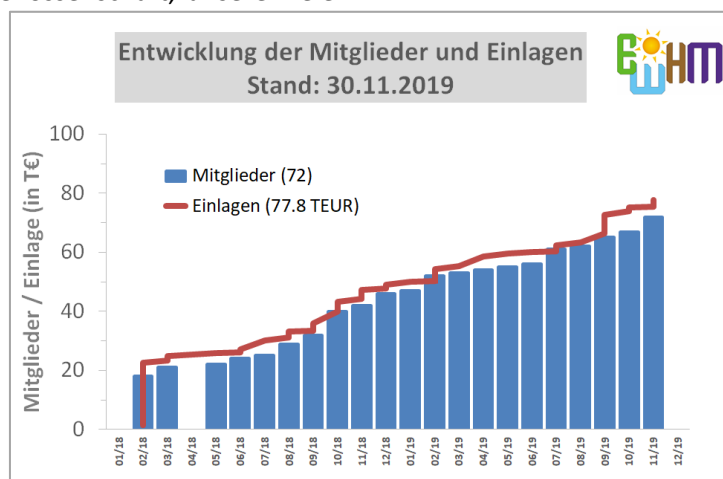
Mitgliederzuwachs und -stand

Über den Monat November können wir uns über gleich fünf Neuzugänge freuen. Dies ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass wir angefangen haben, unsere Aktivitäten einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen und dadurch unser Engagement bei der Energiewende bekannter wird.

Zum 30. November führen wir 72 Mitglieder.

Geschäftsfeld „e-CarSharing in Bürgerhand“

Am 9. November startet unser neues Geschäftsfeld und es ist eine mutige, aber sorgfältig vorbereitete, Entscheidung - jetzt muss sich zeigen, ob gemeinschaftlich genutzte Mobilität mit Elektrofahrzeugen im ländlichen Raum funktioniert.



Da der Vorstand unsere Mitglieder bereits in einer gesonderten Pressemitteilung darüber informiert hat, soll an dieser Stelle nicht weiter berichtet werden.

Nur so viel – die ersten Sondierungsgespräche für zusätzliche Standorte mit interessierten Kommunen aus dem Landkreis Bernkastel-

Wittlich haben bereits stattgefunden, weitere Gespräche sind terminiert.

Geschäftsfeld „PV-Anlagen“

Große PV-Anlagen, die nur nach Zuschlag durch ein bundesweites Ausschreibungsverfahren und nach Aufnahme in speziell gefertigten Bebauungsplänen gebaut werden dürfen, sind eine interessante Option für Genossenschaften. Dafür müssen aber zahlreiche, teils hohe Hürden gemeistert werden.

Bis man sich an einer Ausschreibung beteiligen kann, müssen neben den Grundstückseignern unter anderen die betroffenen Gemeinden, die Verbandsgemeinde, die Kreisverwaltung, die Untere Naturschutzbehörde, die Landwirtschaftskammer mit eingebunden werden.

Das sind alles zeitaufwändige Arbeiten mit ungewissem Ausgang. Können wir die betroffenen Landwirte mitnehmen und die Bürger und die Entscheidungsträger in den Kommunen von der Sinnhaftigkeit des Vorhabens überzeugen? Ist schon ein einsamer Salamander oder ein seltenes Wildkraut ein KO-Kriterium für den Bau einer Anlage?

All das und noch vieles mehr müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten klären bevor der Vorstand entscheiden kann weiterzumachen. Und erst dann können wir bei unserem Aufsichtsrat die Genehmigung zur Realisierung des Projektes beantragen.

Parallel dazu entwickeln wir natürlich die Projekte für PV-Dachanlagen weiter. Auch das ist zeitaufwändig und nicht immer kommen wir zu einem erfolgreichen Vertragsabschluss. Aber die Planungs- und Genehmigungsabläufe gestalten sich deutlich einfacher als bei den Anlagen die größer sind als 750 kWp.

Das besondere Weihnachtsgeschenk

Jetzt dauert es nur noch zwei Wochen bis Weihnachten wieder vor der Tür steht. Und wer in diesem Jahr nach einem besonderen und gleichzeitig nach einem nachhaltigen Weihnachtsgeschenk sucht, der oder die werden bei uns fündig!

Wie wäre es, eine Mitgliedschaft bei der „Energiewende Hunsrück-Mosel eG“ zu verschenken?

So ein Geschenk ist besonders geeignet für den Liebsten oder die Liebste, die etwas gegen den Klimawandel unternehmen wollen, aber noch nicht so recht wissen wie oder was man tun kann. Genauso geeignet ist eine Mitgliedschaft als Geschenk für Kinder und/oder Enkelkinder, als Beitrag zum Erhalt einer lebenswerten Umwelt für die Nachkommen.

Aber auch für Patentanten und -onkel eignet sich so ein Geschenk bestens um sich, im wahrsten Sinne des Wortes, nachhaltig in Erinnerung zu halten. Spätestens wenn das Patenkind mit dem 18. Geburtstag die Vollmacht über die Verfügung der Einlagen erhält wird es mit Sicherheit an die coole und weitsichtige Patentante oder -onkel denken :-)

Mit einer Mitgliedschaft lässt sich etwas verschenken, was nicht allzu schnell wieder in Vergessenheit gerät. Vielmehr kann man über die Jahre beim Wachsen des Geschenks zusehen z.B. wie mehr emissionsfreier Strom produziert wird und wie die Verantwortlichen in der Genossenschaft darauf hinarbeiten, möglichst bald eine Dividende auf die Einlagen zu zahlen.

Damit die Geschenkzubereitung so einfach wie möglich ist, finden Sie im Anhang eine Beitrittserklärung. Die PDF-Datei lässt sich am Computer ausfüllen, muss dann aber ausgedruckt, unterschrieben und dann per Post verschickt oder persönlich abgegeben werden an:

**Energiewende Hunsrück-Mosel eG,
zu Händen Wolfgang Stein,
Birkenweg 2,
54472 Monzelfeld.**

Sonnige Grüße, ein frohes Weihnachtsfest und ein friedliches und gesundes Neues Jahr 2020.

Rainer van den Bosch
Tech. Vorstand

Wolfgang Stein
Kfm. Vorstand

Sitz der Genossenschaft: Monzelfeld
Wolfgang Stein – Kaufmännischer Vorstand
Dipl.-Ing. Rainer van den Bosch – Technischer Vorstand
Achim Degen – Vorsitzender des Aufsichtsrats
Amtsgericht Wittlich – GnR Nr. 40021

Informationen:

Webseite: www.ewhm.de

Email: info@ewhm.de

Spruch der Woche

„Wenn Du auf die perfekten Umstände wartest, wirst Du niemals vorankommen“ - Unbekannt

Wer noch Lust hat zum Weiterlesen und sich für ein paar Hintergrundinformationen interessiert, der/dem seien diese Zeilen ans Herz gelegt.

Behauptung:

„Energiewende verstärkt soziale Ungleichheit!“

Wir fragen: „Ist das wirklich so?“

Im folgenden Text bieten wir eine vollständigere Information zur Sachlage an. So kann sich Jede und Jeder ein eigenes Urteil darüber bilden, wer die überzeugenderen Argumente in der Diskussion hat.

Hintergrund.

Am 12. November 2019 und zur besten Sendezeit strahlte das ARD-Magazin „Panorama“ eine Sendung aus mit dem provokanten Titel: „[Energiewende verstärkt soziale Ungleichheit](#)“

Hier wird allerdings wieder ein Vorurteil bedient, das schon einmal im Jahr 2011 geschickt und sehr erfolgreich durch die Lobbyarbeit der fossil/atomaren Industrie in den Medien gestreut wurde.

Nachrichten wie diese haben den Boden bereitet, dass die Unterstützung für die Energiewende in der Bevölkerung gekippt ist. Danach hatten die politisch Verantwortlichen ein leichtes Spiel, durch Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien nahezu über Nacht abrupt zu stoppen. Mit der Konsequenz, dass zehntausende von Arbeitsplätzen in einer zukunftsorientierten Branche verloren gingen und eine Schlüsseltechnologie für nachhaltiges Wirtschaften nach Asien abwanderte.

Wir stellen fest: Eine Behauptung, die schon 2011 falsch war, weil nicht alle Fakten bekannt gemacht wurden, ist durch plumpes Wiederholen acht Jahre später auch nicht richtiger geworden.

Worum geht es im Film?

Gezeigt werden zwei Hartz-IV-Empfängerinnen, eine auch noch alleinerziehend mit drei Kindern. Die beiden Damen können die Stromrechnung kaum, zeitweise gar nicht mehr zahlen. Zu Recht beklagen sie, dass die Strompreise stärker gestiegen sind als der Anteil dafür im Regelsatz. Das führt unweigerlich zu zusätzlichen Härten um deren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Schnitt und Szenenwechsel: Ein Ingenieur in seinem 3-fach verglasten, 200 Quadratmeter großen Einfamilienhaus führt stolz seine neueste Investition bei der Nutzung von Erneuerbaren Energien vor - eine Brennstoffzelle im Wert von 35.000 Euro. Der Hausbesitzer geht davon aus, dass er etwa die Hälfte der Investitionskosten durch staatliche Förderung und steuerliche Geltendmachung zurückbekommt und er künftig kräftig bei der Stromrechnung sparen kann.

Dabei hält er seine eigenen Privilegien nicht für unproblematisch und spricht mit ernster Miene in die Kamera: „Die Mehrkosten, die durch die Energiewende entstehen, werden durch alle getragen, aber die Vorteile, die können nur die nutzen, die das Startkapital haben.“

Und schon ist es passiert! Fühlt man sich als Zuschauer wegen einer so geschilderten Ungerechtigkeit nicht gleich betroffen? Denkt man nicht: Jetzt müssen die armen Hartz-IV-Empfängerinnen über den hohen Strompreis auch noch dem gut situierten Ingenieur seine Brennstoffzelle mitfinanzieren, während sie selbst zu Hause den Strom abstellen müssen? Ist das nicht der beste Beweis, dass die Energiewende zu teuer ist? Sollten die Kohlekraftwerke nicht einfach weiterlaufen? Müssen die Atomkraftwerke wirklich abgestellt werden?

Und prompt kommt die erste Zuschaueranfrage: „Warum kostet der deutsche „Ökostrom“ dann den deutschen Stromverbraucher etwa das Doppelte, als der französische Atomstrom den Franzosen?“

Zeit für einen Faktencheck:

In der Aussage: "Die Mehrkosten, die durch die Energiewende entstehen, werden durch alle getragen, aber die Vorteile, die können nur die nutzen, die das Startkapital haben" stecken gleich zwei falsche Behauptungen:

1. In unserer Republik werden die Mehrkosten, die durch die Energiewende entstehen, ganz und gar nicht durch alle getragen! Denn der Gesetzgeber erlässt zahlreichen Unternehmen die EEG-Umlage ganz oder teilweise.

Ein Blick in die Liste der so privilegierten Unternehmen zeigt, dass sich im Jahr 2018 genau 2.146 Unternehmen auf diese Weise der Solidargemeinschaft entzogen haben. (Quelle: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle).

Natürlich entgehen dem Fiskus so wichtige Einnahmen zur Finanzierung der Energiewende. Und auf wen werden die so entgangenen Einnahmen

umgelegt? Genau, unter anderem auf die im Filmbeitrag vorgestellten Hartz-IV-Empfängerinnen! Übrigens, genau wie auch auf den KiTa-Betreiber, der sich den CO₂-freien Strom direkt vom Dach der KiTa durch unsere Genossenschaft liefern lässt und all die privaten und gewerblichen Stromverbraucher, die sich nicht von der EEG-Umlage befreien lassen können.

Von dieser Ungleichbehandlung profitiert dann zum Beispiel die Zugspitzbahn. So kommt es, dass die beiden im Film gezeigten Damen, durch die Zahlung ihres Anteils an der EEG-Umlage, unfreiwillig dazu beitragen, dass die Touristen für ein paar Cent billiger zur Zugspitze transportiert werden, Biertrinker für ihr Pils oder Schokoladengenießler für ihre Schokolade nicht den vollen Preis zahlen müssen – denn auch solche Firmen finden sich in der Liste der von der EEG-Umlage befreiten Unternehmen. Und wo wir schon mal dabei sind: Warum sollen nicht auch Besitzer von Hund, Katze und sogar Süß- und Salzwasserfischzüchter von dem so vergünstigten Tierfutter profitieren?

2. Zum zweiten Teil der Aussage: Jetzt versteht man wahrscheinlich besser, dass die Vorteile der Energiewende nicht nur die nutzen können, die das Startkapital haben, sondern besonders die Unternehmen, die ihr Startkapital gar nicht erst einsetzen müssen, dank guter Lobbyarbeit in Berlin.

Deshalb sollte es niemanden wirklich überraschen, dass die Kraftwerksbetreiber von den sehr hohen Stromverbräuchen, die beim Betrieb der fossilen/atomaren Kraftwerke anfallen, nur so wenig an EEG-Umlage dem Fiskus überweisen müssen, dass man hier getrost von einem symbolischen Preis sprechen kann.

Tatsächlich profitieren Großverbraucher aber noch mehr von der Energiewende.

Weil immer mehr PV-Anlagen gebaut werden, wird gerade über die Mittagszeit besonders viel erneuerbarer und CO₂ freier Strom erzeugt. Und gerade über die Mittagszeit besteht besonders viel Bedarf an Strom. Vor der Energiewende musste die Industrie für den Stromverbrauch um die Mittagszeit auch Spitzenpreise zahlen. Weil aber so viel erneuerbarer Strom ins Netz eingespeist wird, zahlen die privilegierten Verbraucher heute nicht nur keine EEG-Umlage, sondern sie zahlen auch keine Spitzenpreise mehr – Dank der Energiewende.

3. Beim Thema Vorteil wird auch stets nur auf die finanziellen Vorteile der Investoren verwiesen.

Warum wird nicht auch auf die zusätzlichen Vorteile verwiesen, die eine schadstofffreie Energieerzeugung auf die Gesundheit der Bevölkerung und die Ökonomie des Landes hat?

Dabei gibt es genügend Beispiele wieviel es uns schon jetzt kostet - weil wir zu wenig tun und die Energiewende viel zu langsam vorankommt.

Beispiel 1: Am 22. August 2018 stufte Bundesministerin Klöckner die extreme Trockenheit 2018 als außergewöhnliches Witterungsereignis nationalen Ausmaßes ein, bei dem etwa 10.000 Betriebe mit einer Schadenshöhe von 680 Millionen Euro in der Existenz bedroht seien.

Beispiel 2: Die Gesamtschäden durch die zunehmenden Klimawandel-Folgen betragen in Deutschland in 2018 nach Einschätzung von Germanwatch rund 32,2 Milliarden Euro.

Es besteht kein Zweifel, der Umbau von fossiler auf erneuerbare Energieerzeugung kostet Geld, das z.B. durch die EEG-Umlage finanziert wird. Aber selbst Frau Merkel wird nicht müde zu betonen: „Die Frage lautet ja nicht: Was kostet es uns, diese Ziele zu erreichen? Sondern die Frage lautet: „Wie viel mehr würde es uns kosten, wenn wir nichts täten?“ (Aus einer Rede von Bundeskanzlerin Merkel zum 10. Petersberger Klimadialog am 14. Mai 2019 in Berlin)

Und es besteht auch kein Zweifel, dass die eklatante Ungleichbehandlung bei der Erhebung der EEG-Umlage zu sozialer Ungleichheit führt! Aber das passiert eben nicht aufgrund der Energiewende, sondern durch die Bevorteilung von Industrien die ihre Interessen über einflussreiche Lobbyverbände beim Gesetzgeber durchsetzen können.

Dabei wäre es ein Leichtes, alle gleichberechtigt an der Klimaverbesserung durch die Energiewende teilhaben zu lassen. Soziale Ungleichheiten können beseitigt werden, indem sich alle beim nötigen Umbau beteiligen und indem soziale Härten ausgeglichen werden - wie es zum Beispiel die Schweiz und Schweden vormachen.

Aber was so einfach umzusetzen wäre, zum Beispiel über das Klimapaket der Bundesregierung, ist politisch offensichtlich nicht gewollt.